

II-10810 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5428 W

1990 -04- 2 5

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Guggenberger, Dr. Müller, Weinberger, Strobl  
und Genossen

an den Bundesminister für Justiz  
betreffend Novellierung des § 42 StGB

Durch das Strafrechtsänderungsgesetz 1987 erfolgte eine Neuformulierung  
des § 42 StGB, die nun dem Staatsanwalt bei Bagatelldelikten das Recht  
auf Strafverfolgungsverzicht einräumt.

Jüngste Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes haben die Anwendung des  
§ 42 StGB wieder stark eingeschränkt. Gegen die ursprüngliche Intention  
des Gesetzgebers werden Bagatelldelikte, wie Kaufhausdiebstahl, Zeitungs-  
diebstahl usw., von der Staatsanwaltschaft wieder strafrechtlich verfolgt.  
In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den  
Bundesminister für Justiz folgende

A n f r a g e:

Sind Sie bereit, entgegen der Rechtsprechung des OGH den ursprünglichen  
Intentionen des § 42 StGB durch eine Gesetzesänderung wieder zum Durch-  
bruch zu verhelfen ?